



© Deutscher Bundestag / Ute Grabowsky / phototek.net



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Liebe Leserinnen und Leser,

„Amri“-Untersuchungsausschuss, bessere Bekämpfung des Antisemitismus und gesunde Ernährung – die erste Sitzungswoche im Jahr 2018 befasste sich mit einer ganzen Reihe von wichtigen Themen. Daneben stimmten wir Abgeordneten über die Einsetzung von 23 Ausschüssen sowie über einige Personalentscheidungen ab. Damit kehrt dann auch organisatorisch wieder Routine im parlamentarischen Betrieb ein.

Über allem schwebte natürlich das Ergebnis der Sondierungsgespräche sowie die Frage, ob es Koalitionsverhandlungen für eine Neuauflage der großen Koalition geben wird. Aus Sicht der Union stehen die Zeichen gut: Mit einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, echten Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen, mehr Unterstützung für Familien, bessere Pflege und Renten haben wir in den Verhandlungen eine klare christlich-soziale Linie für eine bürgerliche Regierung ziehen können. Damit ist für uns die Basis für weitere Gespräche zur Bildung einer Bundesregierung gegeben.

Herzliche Grüße

Dr. Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Sondierungsgespräche: Gute Ergebnisse für Oberfranken

Gesunde Ernährung: Grundlagen werden in der Landwirtschaft gelegt

Antisemitismus: Fraktionsübergreifender Antrag für ein klares Zeichen gegen Antisemitismus

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Sondierungsergebnisse sind gut für Oberfranken



© CSU-Landesgruppe

Wir haben bei den Sondierungsgesprächen mit der SPD gute Ergebnisse erzielt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Vereinbarungen zu Steuerentlastungen, der Familienförderung und der Begrenzung der Zuwanderung. Darüber hinaus wurden wesentliche Vereinbarungen getroffen, die auch für Oberfranken gut sind:

Erfreulich für Oberfranken ist insbesondere die Schwerpunktsetzung auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Städten und im ländlichen Raum. So hat man sich insbesondere darauf verständigt, die regionale Wirtschaftsförderung zu verstärken und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus soll eine „Dezentralisierungsstrategie“ strukturelle Unterschiede verringern. Eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Wichtig ist auch die Vereinbarung, die medizinische Versorgung auf dem Land flächendeckend zu gewährleisten. Parallel sollen Investitionen in Krankenhäuser für Umstrukturierungen, neue Technologien und Digitalisierung erfolgen.

Die von den Verhandlungspartnern vereinbarte Honorierung von Lebensleistungen für diejenigen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet, Kinder groß gezogen oder Familienangehörige gepflegt haben, wird auch in Oberfranken zum Tragen kommen. Denn das in früheren Zeiten niedrige Lohnniveau führt zu nicht auskömmlichen Renten im Alter, die aufgebessert werden müssen.

Mit den Ergebnissen der Sondierungsgespräche können sowohl Union wie SPD gut leben. Jetzt hoffen wir darauf, dass wir die folgenden Koalitionsverhandlungen zügig aufnehmen und zu einem positiven Ergebnis führen können. Wir brauchen dringend eine handlungsfähige Regierung.



Gesunde Ernährung - für ein gutes Leben



© CSU-Landesgruppe

Pünktlich zum Start der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin, der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau, haben wir darüber debattiert, was für eine gesunde Ernährung in Deutschland wichtig ist. Klar ist: Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden in der Landwirtschaft gelegt.

92 Prozent der Menschen legen Wert auf gesundes Essen. Das ist ein Ergebnis des Ernährungsreports 2018 „Deutschland, wie es isst“, den das Bundeslandwirtschaftsministerium unlängst veröffentlichte. „Ob Superfood, Paleo, Clean Eating oder Kunstfleisch – die Liste der Ernährungstrends wird jedes Jahr länger. Das zeigt, wie wichtig das Thema inzwischen in unserer Gesellschaft geworden ist“, erklärte Marlene Mortler, agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe, anlässlich der Debatte im Bundestag.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich die Politik regelmäßig mit dem Thema auseinandersetzt. „Strafsteuern und staatliche Bevormundung sind aber der falsche Weg“, so Mortler. Die CSU Sorge bereits für verbesserte Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen, mit denen man schon bei den Kleinsten in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen beginne. Jetzt gehe es darum, die Informationen kontinuierlich, flächendeckend und altersgerecht anzubieten. „Ziel ist, den Verbraucher durch ausreichende Transparenz in der gesamten Lebensmittelkette eine eigenverantwortliche und sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen“, ergänzte ihr Kollege Alois Rainer (CSU).



Rainer erinnerte in seiner Rede daran: „Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden in der Landwirtschaft gelegt.“ Das gestiegene Interesse an der Landwirtschaft betrachtet er als Chance: Wenn die Menschen verstehen, wie produziert wird, wachse die Wertschätzung und letztlich auch die Wertschöpfung. Die Aufgabe der Politik sieht Rainer darin, die Landwirtschaft in Deutschland zu unterstützen und die Weichen so zu stellen, dass sie auch noch in vielen Jahren interessant ist. „Wir brauchen eine selbstbewusste und nachhaltige sowie vor allem wettbewerbsfähige Landwirtschaft.“

Vom 19. bis 28. Januar 2018 findet die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin statt. Mehr als 1.600 Aussteller aus aller Welt präsentieren dort alle Facetten moderner Land- und Ernährungswirtschaft sowie ein umfangreiches Angebot an regionalen Spezialitäten.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag einen fraktionsübergreifenden Antrag beschlossen, um ein klares Zeichen zu setzen gegen jede Form von Antisemitismus in Deutschland.

In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Neben rechtsextrem motivierten Taten wächst in letzter Zeit ein arabischstämmiger Antisemitismus, wie jüngst antiisraelische Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor gezeigt haben.

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung ist gerade für uns Deutsche unerträglich. Wir haben eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus.

Mit dem fraktionsübergreifenden Antrag, der von der Unionsfraktion initiiert wurde und den wir am Donnerstag beschlossen haben, nehmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen. Wir haben damit die Bundesregierung dazu aufgefordert, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen, die Antisemitismusprävention auf Bundesebene zu verstetigen sowie das Straf- und Versammlungsrecht auf ausreichende Befugnisse der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden hin zu überprüfen. Zudem soll untersucht werden, ob Integrationskurse die Problematik des Antisemitismus ausreichend vermitteln.

Wir bekräftigen mit diesem Antrag, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Platz hat und die uneingeschränkte Akzeptanz jüdischen Lebens in Deutschland als Maßstab für gelungene Integration gilt.



55. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages

Am 22. Januar jährt sich die Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages („Élysée-Vertrag“) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles des Gaulle zum 55. Mal. Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern dar.

Anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages werden am 22. Januar 2018 Sondersitzungen des Deutschen Bundestages und der Französischen Nationalversammlung stattfinden. Vormittags tagt der Deutsche Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Französische Nationalversammlung in Paris. In der Debatte im Bundestag wird der Präsident der Französischen Nationalversammlung François de Rugy sprechen, in der Debatte in Paris Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Die Parlamente werden eine gemeinsame Resolution verabschieden mit der Aufforderung an die beiden Regierungen, einen neuen Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Zudem soll ein „Deutsch-Französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden.



Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040